72. Jahrgang. № 212

Sonnabend, 5. Mai 1928

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011

Bezugs-Gebühr: vom 1. bis 15. Mai 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mark. Postbezugspreis für Monat Mai 2.40 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig. Außerhalb Dresdens 15 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle Marienstraße 38/42
Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden
Postscheck-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Oefen und Herde
kauft man preiswert im **Fachgeschäft!**
Chr. Garms Inh.: W. Eckardt Fernspr.: 16252 Gr. Zwingerstr. 13 Nähe Postplatz
Kochanlagen für Großbetriebe — Kohlen- und Gasherde
Dauerbrand-Oefen — Ersatzteile

Koffer
Enterlein Waisenhausstr. 23

THÜRMER-FLÜGEL PIANOS
Kunstspielpianos
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
Meißen in Martinsstr. 12 **Bautzen** in Seminarstr. 8

Kämpfe zwischen Chinesen und Japanern.

Schiedsspruch im Lohnstreit der sächsischen Metallindustrie. — Hochflut der politischen Prozesse.

Blutige Zwischenfälle in Tsinanfu.

Die chinesische und japanische Darstellung.

London, 4. Mai. Wie Reuter aus Schanghai meldet, wird dort eine von chinesischer Seite stammende Darstellung der bekannten Vorgänge in Tsinanfu verbreitet, in der es unter anderem heißt, es seien im Laufe der vorangegangenen Tage eine ganze Reihe von Zwischenfällen in Tsinanfu vorgekommen. Der Gipfelpunkt sei aber am Mittwoch erreicht worden, wo ein den nationalistischen Truppen angehörender **chinesischer Offizier von Japanern erschossen und andere Offiziere verhaftet worden seien.** Außerdem hätten die Japaner die chinesischen Soldaten am Passieren der Straßen verhindert und sie verschiedentlich sogar entwaffnet. Infolgedessen sei es zu Schießereien gekommen, wobei zehn chinesische Soldaten getötet oder verwundet wurden. Die chinesische Bevölkerung habe darauf die Läden geschlossen. **Die Japaner hätten sich hinter ihre Barrikaden zurückgezogen und auf jeden Chinesen, der sich blicken ließ, gefeuert.** Auf diese Art sei eine beträchtliche Anzahl von chinesischen Soldaten und Stadteinwohnern getötet worden. Die chinesischen Truppen hätten das Feuer erwidert, bis Tschiangkaischek die Einstellung des Schießens befohlen habe.

Tokio, 4. Mai. Das Außenministerium veröffentlicht über den Zwischenfall bei der Stadt Tsinanfu eine Verlautbarung, in der festgestellt wird, daß japanische Staatsbürger von Chinesen angegriffen und japanische Patrouillen von chinesischen Soldaten beschossen worden seien. **Fünf japanische Soldaten sollen getötet und 20 schwer verletzt worden sein. Ferner werde eine Patrouille mit einem Offizier und 16 Mann vermißt. Dieses Verhalten der chinesischen Militärbehörden zwinge die Regierung zur Durchführung von Schutzmaßnahmen.**

Schanghai, 4. Mai. (Reuter.) **Nach amtlichen Angaben sind bei den Zwischenfällen in Tsinanfu über 100 Chinesen getötet und eine große Anzahl verwundet worden. Zwischen den chinesischen und japanischen Behörden in Tsinanfu finden dauernd Besprechungen statt, um ein Aufhören der Zwischenfälle herbeizuführen.** (W. T. B.)

Neue erbitterte Straßengefechte.

London, 4. Mai. Wie Reuter aus Tientsin meldet, haben in Tsinanfu die Straßenkämpfe zwischen Chinesen und Japanern wieder begonnen, weil die japanischen Truppen versuchten, die Südchinesen zu entwaffnen, die entgegen der Vereinbarung das japanische Viertel der Stadt nicht räumen wollten. 2000 Chinesen wurden bereits entwaffnet, während 40000 noch im Kampfe stehen. **Die durch einen Nachtmarsch ermüdeten japanischen Truppen, die zahlenmäßig unterlegen seien, kämpften mit Erbitterung.** Man glaube, daß die militärische Sendestation zerstört und die Telephonleitungen unterbrochen seien. Infolge Zerstörung der über den Gelben Fluß führenden Brücke hätten die aus Tientsin eintreffenden japanischen Verstärkungen ihren Kameraden nicht zu Hilfe kommen können.

Von japanischer Seite werden die heutigen Verluste mit fünf Offizieren und 30 Mannschaften angegeben. Auf chinesischer Seite sollen 800 Tote und 1000 Gefangene zu verzeichnen sein. Die Chinesen bestreiten die Richtigkeit dieser Angaben. **Die japanischen Truppen sind in drei Abteilungen gespalten und haben die gegenseitige Verbindung verloren. Der Kommandeur der japanischen Streitkräfte in Tsinanfu forderte dringend Verstärkungen an.** Nach dem Eintreffen der unterwegs befindlichen japanischen Streitkräfte wird Japan in Tsingtau ein ganzes Armeekorps zusammengezogen haben.

In südchinesischen Kreisen ist die Erregung stark gestiegen. Die Nankingregierung will sich in allerkürzester Zeit über Gegenmaßnahmen schlüssig werden. Man spricht von einer Boykotterklärung gegen Japan und einem Appell an die Mächte. Es muß hervorgehoben werden, daß die Bewegung bisher keinesfalls einen fremdenfeindlichen Charakter trägt, sondern sich nur gegen die Japaner richtet.

Tokio schickt weitere Verstärkungen.

Paris, 4. Mai. Havas berichtet aus Schanghai: Nach Nachrichten aus Tientsin senden die japanischen militärischen Behörden nach Tsinanfu Panzerzüge und Verstärkungen. Tschangtsolin habe den Japanern Hilfe angeboten durch Lieferung von Waffen und Munition. Die Japaner hätten dieses Angebot mit der Erklärung zurückgewiesen, sie hätten die Absicht, die Gewaltakte ohne Hilfe Dritter zu bestrafen. — Wie Havas aus Tsingtau berichtet, werden dort sieben amerikanische Unterseeboote erwartet.

Das japanische Marineministerium hat als Vorbeugungsmaßregel angeordnet, daß japanische Kriegsschiffe die verschiedenen Häfen am Jangtse und in Südchina aufsuchen, wo japanische Staatsbürger angesiedelt sind. Vier weitere Torpedobootszerstörer haben Befehl erhalten, nach Tsingtau auszulaufen. (W. T. B.)

Attentat auf den Leiter der Warschauer Sowjethandelsdelegation.

Der Attentäter, ein russischer Emigrant, verhaftet.

Warschau, 4. Mai. **Heute nachmittag ist auf den Leiter der sowjetrussischen Handelsdelegation in Warschau, Lizarew, von einem russischen Emigranten ein Revolverattentat verübt worden. Nach den bisher vorliegenden Berichten ist Lizarew an der Hand und an der Seite verletzt worden. Der Attentäter ist der bekannte Führer der russischen Emigrantenbewegung in Polen, Wojciechowski, ein Bruder des Herausgebers der Emigranten-Agentur „Ruß-Preß".**

Der Anschlag erfolgte in dem Augenblick, als Lizarew mit einem offenen Auto von der Marszalkowska-Straße in eine Seitengasse einbog. Wojciechowski trat an den Wagen heran und gab aus nächster Nähe zwei Revolverschüsse ab. Nach Berichten von Augenzeugen sank Lizarew hintenüber und blieb kurze Zeit bewußtlos. Dem Chauffeur, der sofort das Auto anhielt, gelang es jedoch, ihn bald wieder zum Bewußtsein zu bringen, worauf das Auto in rascher Fahrt in die in der Nähe gelegene Sowjetgesandtschaft fuhr. Einer **Mitteilung der Sowjetgesandtschaft** zufolge soll Lizarew jedoch nicht durch die Schüsse, sondern nur durch Glassplitter verwundet sein. Der Emigrant ließ sich nach dem Attentat, ohne Widerstand zu leisten, verhaften. Ueber die Beweggründe zu der Tat ist zurzeit noch nicht das geringste bekannt. Lizarew befindet sich erst seit kurzer Zeit in Warschau. Es ist dies bereits das dritte derartige Attentat, das in diesem Jahre auf einen Sowjetbeamten in Warschau verübt worden ist.

Sofort nach dem Attentat begaben sich Vertreter des polnischen Außenministeriums in die sowjetrussische Gesandtschaft und sprachen namens der polnischen Regierung ihr Bedauern über das Attentat aus. Gleichzeitig versicherten sie, daß die polnischen Behörden eine strenge Untersuchung vornehmen und den Täter mit der ganzen Strenge des Strafgesetzes bestrafen würden. (WTB.)

Der Wahlkampf in Bayern.

Der bayrische Wahlkampf bietet diesmal durch zwei Besonderheiten ein verstärktes Interesse: einmal wegen des bedeutsamen Aktivpostens, den die Bayrische Volkspartei dank der vierjährigen erfolgreichen Regierungstätigkeit des Ministerpräsidenten Dr. Held auf ihrem parteipolitischen Habenkonto buchen kann, und zum andern wegen der Vorgänge in der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Bei den 1924er Wahlen war nach der kaum überwundenen Inflations- und Hitlerkrise noch alles im Flusse, so daß sich kein ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht erkennen ließ. Das Chaos war so arg, daß auf Bayern das Wort von der „Unordnungszelle, in der niemand mehr seines Lebens sicher sei", geprägt werden konnte. Das änderte sich gründlich, als Dr. Held, der Führer der Bayrischen Volkspartei, die Leitung der Geschicke des Landes in die Hand genommen hatte. Seitdem wurden die bis dahin durch endlose Krisen zerrütteten Beziehungen Bayerns zum Reiche wieder auf eine feste vertrauensvolle Grundlage gestellt, und in der innerbayrischen Politik wußte Dr. Held mit ebenso viel Klugheit wie Energie derartig gesicherte Zustände zu schaffen, daß sehr bald das vorerwähnte böse Wort umgemünzt wurde in das entgegengesetzte von der „bayrischen Ordnungszelle", die für ganz Deutschland vorbildlich sei. Das hohe Ansehen, das Dr. Held in allen bayrischen Kreisen ohne Unterschied der Partei genießt, ist für die Bayrische Volkspartei ein sehr wirksamer werbender Faktor, sowohl für die Reichstags- wie für die Landtagswahlen. Dazu kommt, daß die Bayrische Volkspartei durch ihre betont bundesstaatliche und landwirtschaftsfreundliche Auffassung mit dem bayrischen Volksempfinden auf das innigste verwachsen ist. Sie steht auf dem Standpunkte, daß Bayern kraft seiner natürlichen Eigenart bei aller Würdigung der aufstrebenden industriellen Kräfte doch in erster Linie eine Politik der Ackerscholle nötig habe, daß diese aber nur von einer starken und selbständigen bayrischen Staatsgewalt gewährleistet werden könne, während der Einheitsstaat gleichbedeutend sein würde mit der Hereintragung einer Berliner Politik des Asphalts nach Bayern. Die sehr geschickte und eindrucksvolle Art, wie Dr. Held auf der Länderkonferenz im Januar dieses Jahres die bayrische föderalistische Staatsauffassung verteidigte, kommt der Bayrischen Volkspartei jetzt im Wahlkampfe zustatten. Dagegen kann die Linke mit ihren Lobeshymnen auf den „dezentralisierten Einheitsstaat", den sich der eine so, der andere anders vorstellt, nicht an. Der Kommunismus spielt in Bayern nur die Rolle eines Mauerblümchens, und der Sozialismus mitsamt seinem bürgerlichen demokratischen Anhängsel tritt stark in den Schatten. Die Bayrische Volkspartei sieht daher den Wahlen mit begründeter Zuversicht entgegen, und sie kann das um so mehr, als sie in der Zwischenzeit die Annäherung an das Zentrum vollzogen und sich mit diesem zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen hat, wodurch sie die Konkurrenz der Zentrumspartei bei den Wahlen los geworden ist. Daran, daß die Bayrische Volkspartei ihren Besitzstand von 19 Mandaten voll behaupten wird, ist kaum ein Zweifel gestattet; der Fortfall der gegnerischen Haltung des Zentrums rückt sogar noch einen Gewinn an Mandaten in den Bereich der Möglichkeit. Es hat sich bisher nichts an der Tatsache geändert, daß die Bayrische Volkspartei die typische Erscheinungsform des öffentlichen Lebens in Bayern darstellt. Dieser Zusammenhang ist für die Reichspolitik fortan doppelt wichtig, nachdem das Reichszentrum sich mit der bayrischen Tochterpartei wieder zusammengefunden hat.

Nächst der Frage, wie die Aussichten der Bayrischen Volkspartei im Wahlkampfe stehen, wird das politische Interesse durch die Stellungnahme der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gefesselt. Bereits Ende 1927 wurde auf dem Parteitage der bayrischen Deutschnationalen ein Abkommen zwischen diesen und der Nationalliberalen Landespartei Franken geschlossen. Zum Verständnis dieser Verbindung ist daran zu erinnern, daß 1923 in Bamberg von der Deutschen Volkspartei des Wahlkreises Franken der Beschluß gefaßt wurde, aus der Deutschen Volkspartei auszuscheiden und eine eigene Organisation unter dem Namen „Nationalliberale Landespartei für Franken" zu bilden. Diese Neuschöpfung des alten Nationalliberalismus vollzog sich unter der Führung des Erlanger Universitätsprofessors Dr. Lent. Die genannten beiden Parteien, Deutschnationale und Nationalliberale, haben sich zu einer Arbeits- und Kampfgemeinschaft zusammengeschlossen, deren Tätigkeit durch das nach dem Vorbilde der Bayrischen Volkspartei nachdrücklich

Deutschland und der Kriegsverzicht-Pakt.

Frankreich wäre mit einer Sachverständigenkonferenz zufrieden

Berlin, 4. Mai. Der „Daily Telegraph" hatte berichtet, daß die deutsche Regierung auf englische Anregung auf Einberufung einer juristischen Konferenz zwecks Vorbereitung einer internationalen Konferenz über den Kriegsverzichtpakt bejahend geantwortet habe. Wie die T.-U. hierzu von gutunterrichteter Seite erfährt, trifft diese Meldung nicht zu. In der deutschen Antwortnote an Kellogg ist von irgendeinem Ersuchen, das dahin verstanden werden könnte, nicht die Rede. **In der Wilhelmstraße** ist man der Ansicht, daß Deutschlands klare und eindeutige Antwort auf den amerikanischen Vorschlag einer Ergänzung durch die Beratungen einer Juristenkonferenz nicht bedürfe. Zunächst wird es darauf ankommen, einmal zu sehen, wie die übrigen Staaten den amerikanischen Vorschlag beantworten. Auch liegt deutscherseits keine Veranlassung vor, der Frage, wie im einzelnen der Vorschlag Kelloggs technisch zu behandeln sei, vorzugreifen.

Paris, 5. Mai. In französischen diplomatischen Kreisen wird nicht bestritten, daß Verhandlungen über eine juristische Sachverständigenkonferenz stattgefunden haben, und daß der Gedanke einer solchen Konferenz die Zustimmung des Quai d'Orsay finde.

Das Saargebiet will zum Reich zurück.

Saarbrücken, 4. Mai. Am Donnerstag verlas der Abgeordnete Levascher in dem neugewählten Landesrat des Saargebietes eine Erklärung, in der festgestellt wurde, daß **in den letzten acht Jahren der klare Beweis erbracht sei, daß das Saargebiet möglichst bald zum angestammten Vaterlande zurückkehren müsse.** Dies sei notwendig, um das Saargebiet lebensfähig zu erhalten und die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zu fördern. Bis zum letzten Quadratzentimeter und bis zum letzten Pfund Kohle müsse das Saargebiet ins Reich zurück. — Der Landesrat wählte mit großer Mehrheit den Zentrumsparteiler, Redakteur Scheuer, zum Vorsitzenden, den Kommunisten Daub und den Sozialdemokraten Schneider zu Beisitzern.

Brasilien bleibt dem Völkerbund fern.

London, 4. Mai. **Der Präsident von Brasilien, Luiz, kündigte, nach Berichten aus Rio de Janeiro, vor dem Kongreß an, daß die Gründe, die Brasilien seinerzeit zum Rücktritt aus dem Völkerbund veranlaßten, noch bestehen. Brasilien sei daher außerstande, der letzten Einladung des Völkerbundes auf Rückkehr in den Bund zu folgen.**